

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 9 – Wettbewerb in der Stromwirtschaft -

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Detlef Matthiessen:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503
Zentrale: 0431/988-1500
Telefax: 0431/988-1501
Mobil: 0172/541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 243.02 / 10.10.2002

Für echten Wettbewerb in der Stromwirtschaft!

Die Antwort auf die Große Anfrage der CDU gibt einen Überblick über die Wettbewerbssituation im Strommarkt.

Warum hat die CDU diese Anfrage gestellt? Die Antwort wussten wir auch schon vorher: Die Liberalisierung des Strommarktes hat nicht zu freiem Wettbewerb geführt. Der Wettbewerb in diesem wichtigen Bereich funktioniert nicht. Das Gegenteil ist der Fall - Wir beobachten eine beispiellose Konzentration: Preussen Elektra und Bayernwerke sind zu e.on fusioniert. HEW, BEWAG und andere sind zu Vattenfall Europe fusioniert.

Stadtwerke werden systematisch von den alten großen Energieversorgern aufgekauft. Die Gewinne steigen, die Preise sanken nur kurzzeitig und steigen wieder. Neue Unternehmen kommen nicht zum Zuge. Die Durchleitungsgebühren, die Netznutzungsentgelte sind exorbitant hoch.

Vor dem Bundeskartellamt sind Dutzende Verfahren anhängig. Die Gerichte sind beschäftigt. Es ist mit dem vom Bundesgesetzgeber – also der schwarz-gelben Koalition der Kohl-Ära – gewählten Modell des verhandelten Netzzuganges nicht der Wirtschaftsstandort gestärkt worden, sondern der Gerichtsstandort Bundesrepublik Deutschland. Das ist in Schleswig-Holstein nicht anders.

Diese Entwicklung ist nicht überraschend. Man konnte sie voraussehen. Dazu habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Wodarz in der letzten Legislaturperiode Anträge gestellt - deren Intention allerdings an den damaligen Mehrheiten in Bonn bzw. Berlin scheiterte.

Warum hat die CDU diese Anfrage gestellt? Wollen Sie nochmals feststellen wie handwerklich katastrophal Ihre Novelle des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) war? Oder wollen Sie mit mir beklagen, dass Rotgrün im Bund nicht die Kraft gefunden hat, diese Gesetzeskatastrophe zu reformieren und für wirklichen Wettbewerb zu sorgen? Das ist in der Tat bedauerlich, allerdings bei einem Wirtschaftsminister Müller als ehemaligem VEBA-Manager nicht verwunderlich, und das zeigt, wie weit der Arm der etablierten Energiewirtschaft reicht, wie verflochten dieser Wirtschaftszweig mit Politik und Verwaltung noch ist, was für ein gewaltiges Machtkartell die Energiewirtschaft immer noch ist.

Die Energiepolitik der letzten Legislaturperiode weist eine ganz erfreuliche Bilanz auf – Atomausstieg, Ökosteuern, EEG, KWK-Gesetz, Energiesparverordnung, Biomasse VO und vieles mehr, insgesamt 16 Initiativen mit teils beträchtlichen Auswirkungen – alle abgelehnt von FDP, alle bis auf zwei abgelehnt von CDU, selbstverständlich im Wesentlichen ohne eigene Gegenvorschläge.

Während also vieles gelungen ist, stehen noch wichtige Aufgaben an. Wettbewerb: An uns Grünen jedenfalls liegt es nicht. Unser Motto lautet: Wir brauchen die rationellste Form der Stromerzeugung, um uns die umweltschonendste Form der Energiewirtschaft leisten zu können.

Das Mindeste dazu ist die Ablösung des verhandelten Netzzuganges durch ein vollständiges Unbundling, also die Trennung des Netzbetriebes von Strom-Erzeugung und Handel. Das sollte eine Trennung im Eigentum einschließen. Das bedeutet: Wir brauchen ein durch Gesetz oder Verordnung reguliertes Netz mit einer Regulierungsbehörde. Dort werden Netznutzungsbedingungen und Preise festgelegt.

Das bisherige Durchleitungsmodell muss durch ein Poolmodell ersetzt werden. Dazu brauchen wir ein Preisstrukturgesetz, das den Handel mit dem heterogenen Wirtschaftsgut Strom regelt.

Ich freue mich auf die hoffentlich konstruktive Diskussion im Ausschuss.
